

Berthold Michael, *Schule und Erziehung im Griff des totalitären Staates. Die Göttinger Schulen in der nationalsozialistischen Zeit von 1933 bis 1945* (Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen, Bd. 19), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1994, 230 S., kart., 29,80 DM.

Die materialreiche Monographie des ehemaligen Dozenten an der Pädagogischen Hochschule Göttingen ist in drei Hauptteile gegliedert. Die ersten beiden behandeln die »staatliche Zentralisierung und politische Funktionalisierung« der Schule (S. 3–64) und die »Nivellierung der Schulformen und Schulbildung« (S. 65–115), der dritte und umfangreichste ist dem Schulleben »unter den Drohungen und Belastungen des Krieges« gewidmet (S. 117–196). Die Darstellung verfolgt das Ziel, die allgemeine Entwicklung der nationalsozialistischen Schulpolitik nachzuzeichnen und in Verbindung damit die lokale Schulgeschichte zu erhellen. Als Quellengrundlage dienen vor allem Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Richtlinien usw., die für den Verfasser den »roten Faden« nationalsozialistischer Schulpolitik ergeben, »die von Staat und Partei zentral gesteuert wurde.« (S. 2)

Dieser Ansatz hat zur Folge, daß die in den amtlichen Texten zum Ausdruck kommenden Intentionen allzu schnell als Realität genommen werden. Zwar finden sich wiederholt Hinweise auf innere Widersprüche der NS-Schulpolitik (z. B. S. 4, 31, 51, 55, 62, 85), doch in der Sicht des Verfassers wirkten alle Maßnahmen »zielgerichtet auf die totale Funktionalisierung der Schule im Sinne des NS-Regimes hin« (S. 4). So wird der interne Machtpluralismus des Regimes, für den stellvertretend der Dauerkonflikt zwischen staatlicher Schulverwaltung und Reichsjugendführung genannt sei, nicht hinreichend deutlich. Den »krypto-pluralistischen« Charakter der NS-Herrschaft auf dem Schulsektor hatte schon die grundlegende Studie von Rolf Eilers (1963) aufgezeigt. Auch Harald Scholtz weist in »Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz« (1985) auf die begrenzte Effizienz des Herrschaftsapparates hin. In der unzureichenden Verarbeitung der einschlägigen Literatur liegt somit ein Defizit des vorliegenden Buches.

Unterschätzt werden auch die Brüche und Verwerfungen bei der Umsetzung schulpolitischer Maßnahmen. So erscheint das »Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen« vom April 1933 als ein erfolgreicher Akt der Bildungsbegrenzung: »Das rigorose Vorgehen der Regierung . . . führte zu einem deutlichen Absinken der Neuaufnahmen . . . im ganzen Reich.« (S. 33, vgl. auch S. 93) Nun ist aber schon seit den 1980er Jahren bekannt, daß 1934 weit weniger Abiturienten ein Studium aufnahmen, als nach dem Numerus clausus dazu berechtigt waren, womit das Gesetz in diesem Punkt – nicht aber in seiner antisemitischen Stoßrichtung – wirkungslos blieb. Dieses Phänomen läßt sich aus der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung überzeugend erklären. Der Verfasser hingegen stellt nur global fest, daß »die Entwicklung der Abiturienten- und Studentenzahlen infolge des bald steigenden Bedarfs einen den Tendenzen der ersten Jahre völlig entgegengesetzten Verlauf« nahm (S. 36), ohne daraus Konsequenzen für seine Interpretation zu ziehen.

Lokalgeschichtliche Studien bieten die große Chance, zur alltäglichen Unterrichtswirklichkeit vorzudringen und dabei dem Spannungsverhältnis von Intentionen und ihrer Realisierung auf die Spur zu kommen. Leider waren die vom Verfasser ausgewerteten Schulakten aus dem Stadtarchiv Göttingen in dieser Hinsicht nicht sehr ergiebig, was mehrfach ausdrücklich vermerkt wird. (so S. 36, 47, 56, 104, 111, 125 ff., 131, 134) Daher erscheinen die lokalen Befunde überwiegend als Bestätigung des aus Quellen der Zentralinstanzen gewonnenen Bildes. Vielleicht hat aber auch der unreflektierte, an der Totalitarismustheorie orientierte Interpretationsansatz den Verfasser davon abgehalten, konsequenten Hinweisen aus der lokalgeschichtlichen Literatur nachzugehen, »daß es offenbar jenseits der offiziellen Erlasse eine Alltäglichkeit im Schulleben gegeben hat, die schützend wirkte und Traditionen der Schulen aufrecht erhielt.« (S. 113)

Insgesamt bietet das Buch bei allem Faktenreichtum weder eine den aktuellen Forschungsstand widerspiegelnde Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Schulpolitik noch eine modernen Ansprüchen genügende lokalgeschichtliche Untersuchung.

*Rainer Bölling, Düsseldorf*

Dennis Shirley, *The Politics of Progressive Education. The Odenwaldschule in Nazi Germany*, Harvard UP, Cambridge etc. 1992, 276 S., hbd., 44 £.

Vom Umgang reformpädagogischer Institutionen mit der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik in ihren unterschiedlichen Aspekten in den frühen 1930er Jahren weiß die historische Pädagogik bislang wenig. Zu lange war die Thematik in Deutschland selber tabu, ja selbst wissenschaftlich danach zu fragen, galt als unschicklich. Die mehrheitlich moralisierende Debatte um Unschuld und Schuld schwebt heute noch in philosophischen Höhen – ohne Kenntnis der jüngst aus historischer Analyse resultierenden Fakten. Inzwischen, u. a. motiviert durch den unergiebigsten Streit über den Topos pädagogischer Kontinuität oder Diskontinuität, liegt eine Reihe von bemerkenswerten Studien vor, die sich des Gegenstandes historisch angenommen haben. Unter sie ist ein Buch einzureihen, das sich mit Paul Geheeb's Umgang mit den Versuchen, seine Odenwaldschule nationalsozialistischen Bildungsvorstellungen anzugleichen, detailliert auseinandersetzt. Das Werk schildert Geheeb's pädagogische Leitlinien vor der Gründung der Odenwaldschule, skizziert deren Aufbau bis zu ihrem 20jährigen Bestehen und legt den Schwerpunkt der Darstellung auf die Zeit zwischen 1933 und 1945. Besonders aufschlußreich sind dabei die Jahre kurz vor Geheeb's Emigration in die Schweiz: Da geht es um Fortbestand oder Kapitulation, um pädagogische Kompromisse oder Kampf. Dennis Shirley, der Autor, hat als Lehrer an der Ecole d'Humanité (Kanton Bern, Schweiz) den Nachlaß Geheeb's auf dieses Thema durchgearbeitet. Die archivalische Basis der Arbeit beschränkt sich allerdings nicht auf diese Quellen allein: Shirley hat Interviews mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern geführt, andere Archive benützt, einschlägige Daten gesammelt und dieses Konvolut schließlich in den größeren reformpädagogischen Zusammenhang sowie die deutsche Zeitgeschichte gestellt. Die vorliegende Arbeit schließt eine Lücke: Sie dokumentiert anhand authentischen Materials die wechselvolle Geschichte einer pädagogischen Idee und ihrer Realisierung. Shirley setzt, nach einem knappen biographischen Abriß, welcher dem bisher über Geheeb Bekannten nur wenige neue Facetten hinzufügt, mit Geheeb's Arbeit in Lietz' Landerziehungsheim ein. Sehr genau werden die Gründe dargestellt, die Geheeb zum Schisma mit Lietz, später mit Wyneken in Wickersdorf veranlassen. Schließlich wird die Gründung der Odenwaldschule (1910) illustriert. Shirley beschreibt darauf den allmählich eintretenden Erfolg der Schule, immer wieder auf die Position Edith Geheeb-Cassirers rekurrierend, und verweist auf die für die Schule katastrophalen Folgen des Krieges. Er stellt die 20jährige Odenwaldschule von 1930 als gelungenes pädagogisches Experiment dar. Vor dem Hintergrund einer eher antidemokratischen, politisch polarisierten, autoritären Struktur deutschen Denkens und deutscher Lebensart sowie eines überwiegend hierarchisch aufgebauten Schulsystems erscheint die Odenwaldschule als reformpädagogisches Gegenmodell im Kleinen. Im ersten Abschnitt ist also das Tableau eröffnet: Die Odenwaldschule, eine vielseitige, auch skeptisch zu betrachtende pädagogische Initiative mit ausgesprochen reformpädagogischer Tendenz. Verweise auf die Zeitgeschichte der Weimarer Republik stützen die Optik, die 1920er Jahre seien die Blütezeit der Schule gewesen. Als die Schule endlich auf die abbröckelnde Politik Weimars pädagogisch zu reagieren gedachte, war es bereits zu spät. Die Zeit zwischen der nationalsozialistischen Machtergreifung und Paul und